

Amtsblatt

für die

Stadt Ludwigsfelde



25. Jahrgang

10. Mai 2016

Nr.: 17

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

Seite

- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Hundesteuersatzung der Stadt Ludwigsfelde | 2 |
| 2. | Bekanntmachung der Beschlüsse der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde vom 03.05.2016 | 7 |
| 3. | Bekanntmachung eines Beschlusses der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde vom 03.05.2016 | 9 |
| 4. | Bekanntmachung der Sitzung des Ortsbeirates Genshagen am 19.05.2016 | 9 |

Herausgeber: Stadt Ludwigsfelde, Rathausstraße 3, 14974 Ludwigsfelde

Das Amtsblatt für die Stadt Ludwigsfelde erscheint nach Bedarf und ist kostenlos im Rathaus der Stadt Ludwigsfelde, Rathausstraße 3, Bürgerservice, 14974 Ludwigsfelde, zu den Sprechzeiten erhältlich, bei Postzustellung gegen Erstattung der Portokosten.

Hundesteuersatzung der Stadt Ludwigsfelde

Aufgrund der §§ 3 und 28 Absatz 2 Ziffer 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32], in Verbindung mit den §§ 1 bis 3, 12, 14 und 15 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 08], S. 174), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ludwigsfelde in ihrer Sitzung am 03.05.2016 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Steuergegenstand, Steuerpflicht, Begriffsbestimmungen

(1) Die Stadt Ludwigsfelde erhebt eine Hundesteuer. Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Stadtgebiet.

(2) Steuerpflichtig ist der Hundehalter. Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushaltsangehörigen in seinem Haushalt aufgenommen hat. Alle in einem Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht als Fundsache innerhalb von zwei Wochen der Stadt Ludwigsfelde gemeldet wird. Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

(3) Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat, auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland bereits versteuert wird oder von der Steuer befreit ist. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, Verwahrung oder die Haltung auf Probe oder zum Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.

§ 2

Gefährliche Hunde

(1) Als gefährliche Hunde im Sinne dieser Satzung gelten:

- a) Hunde, bei denen aufgrund rassespezifischer Merkmale, Zucht, Ausbildung oder Abrichten von einer über das natürliche Maß hinausgehenden Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder einer anderen in ihrer Wirkung vergleichbaren, Mensch oder Tier gefährdenden Eigenschaft auszugehen ist,
- b) Hunde, die als bissig gelten, weil sie einen Menschen oder ein Tier durch Biss geschädigt haben, ohne selbst angegriffen oder dazu durch Schläge oder in ähnlicher Weise provoziert worden zu sein, oder weil sie einen anderen Hund trotz dessen erkennbarer artüblicher Unterwerfungsgestik gebissen haben,
- c) Hunde, die durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie unkontrolliert Wild oder andere Tiere hetzen oder reißen, oder
- d) Hunde, die ohne selbst angegriffen oder provoziert worden zu sein, wiederholt Menschen gefährdet haben oder wiederholt Menschen in gefahrdrohender Weise angesprungen haben.

(2) Hunde folgender Rassen oder Gruppen sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden gelten auf Grund rassespezifischer Merkmale oder Zucht als gefährliche Hunde im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a):

American Pitbull Terrier, American Staffordshire Terrier, Bullterrier, Staffordshire Bullterrier und Tosa Inu.

(3) Insbesondere bei Hunden folgender Rassen oder Gruppen sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden ist von der Eigenschaft eines gefährlichen Hundes auf Grund rassespezifischer Merkmale oder Zucht im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a) auszugehen, solange der Hundehalter nicht im Einzelfall der örtlichen Ordnungsbehörde nachgewiesen hat, dass der Hund keine gesteigerte Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder eine andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft gegenüber Mensch oder Tier aufweist:

Alano, Bullmastiff, Cane Corso, Dobermann, Dogo Argentino, Dogue de Bordeaux, Fila Brasileiro, Mastiff, Mastin Español, Mastino Napoletano, Perro de Presa Canario, Perro de Presa Mallorquin und Rottweiler.

§ 3

Steuermaßstab und Steuersätze

(1) Die Steuer beträgt jährlich, wenn von einem Hundehalter oder mehreren Personen:

a) nur ein Hund gehalten wird	42,00 €
b) zwei Hunde gehalten werden	54,00 € je Hund
c) drei oder mehrere Hunde gehalten werden	66,00 € je Hund.

(2) Abweichend von Absatz 1 beträgt die Steuer für gefährliche Hunde im Sinne des § 2 dieser Satzung jährlich 600,00 € je gefährlichen Hund. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Hundehalter für das jeweilige Steuerjahr durch Vorlage eines Negativzeugnisses im Sinne des § 8 Absatz 3 der Hundehalterverordnung vom 16. Juni 2004 (GVBl. II/04 S. 458) nachweisen kann, dass der von ihm gehaltene Hund nach § 2 Absatz 3 keine gesteigerte Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder eine andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft gegenüber Mensch oder Tier aufweist. Dies gilt nicht für Hunde der Rassen nach § 2 Absatz 2.

(3) Hunde, für die Steuerbefreiung nach § 4 gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt, Hunde für die eine Steuerermäßigung nach § 5 gewährt wird, werden mitgezählt.

§ 4

Steuerbefreiung

(1) Personen, die sich nicht länger als zwei Monate in der Stadt Ludwigsfelde aufhalten, sind für diejenigen Hunde steuerfrei, die sie bei ihrer Ankunft besitzen, wenn sie nachweisen können, dass die Hunde in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland versteuert werden oder von der Steuer befreit sind.

(2) Steuerbefreiung wird gewährt für Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe Blinder, Tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „Bl“, „aG“, „H“ oder „Gl“ besitzen. Die Steuerbefreiung wird lediglich für einen Hund und nur dann gewährt, wenn der Hund aufgrund seiner besonderen Ausbildung geeignet ist, die Schwerbehinderung zu mildern.

(3) Steuerbefreiung wird gewährt für nicht zu Erwerbszwecken gehaltene Hunde, die als Gebrauchshunde ausschließlich zur Bewachung von nicht gewerblich gehaltenen Herden (z.B. Schafherden) verwandt werden, in der hierfür benötigten Anzahl.

(4) Steuerbefreiung wird gewährt für als Melde-, Sanitäts-, Rettungs- oder Schutzhunde ausgebildete Hunde, die zu entsprechenden Zwecken von natürlichen Personen für öffentlich anerkannte Organisationen, Einrichtungen gehalten werden und/oder die für die Halter die Kosten der Hundehaltung tragen.

§ 5

Allgemeine Steuerermäßigung

(1) Bei Nachweis der Voraussetzungen durch den Steuerpflichtigen ist die Steuer auf die Hälfte des Steuersatzes nach § 3 zu ermäßigen für:

a) Hunde, die zur Bewachung von Gebäuden erforderlich sind, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen.

b) Jagdgebrauchshunde von Jagdausübungsberechtigten, sofern diese Inhaber eines gültigen Jagderlaubnisscheines sind, jedoch höchstens für zwei Hunde.

(2) Für Hunde, die zur Bewachung von landwirtschaftlichen Anwesen erforderlich sind, welche von dem nächsten im Zusammenhang bebauten Ortsteil mehr als 400 m entfernt liegen, ist die Steuer um 75 v.H. des Steuersatzes nach § 3 zu ermäßigen.

(3) Für die Bezieher von Grundsicherungsleistungen, von Arbeitslosengeld II oder von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz und diesen einkommensmäßig gleichgestellten Personen wird die Steuer um 75 v.H. des Steuersatzes nach § 3 ermäßigt, jedoch nur für einen Hund.

§ 6

Allgemeine Voraussetzungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung (Steuervergünstigung)

(1) Eine Steuerbefreiung nach § 4 Absatz 2 bis 4 bzw. eine Steuerermäßigung nach § 5 wird nur gewährt, wenn der Hund, für den die Steuervergünstigung in Anspruch genommen wird, für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet ist und die entsprechenden Brauchbarkeitsprüfungen entsprechend den Richtlinien des Verbandes für das Deutsche Hundewesen (VDH) oder eines vergleichbaren Verbandes erfolgreich abgelegt hat. Die Prüfung ist durch Vorlage des Prüfungszeugnisses nachzuweisen. Die Verwendung der Hunde für den angegebenen Zweck ist nachzuweisen.

(2) Für gefährliche Hunde im Sinne des § 2 wird die Steuerbefreiung (§ 4 Absatz 2 bis 4) oder die Steuerermäßigung (§ 5) nicht gewährt. Dies gilt nicht für solche Hunde, für die der Hundehalter den Nachweis nach § 3 Absatz 2 Satz 2 dieser Satzung bringen kann.

(3) Der Antrag auf Steuerbefreiung oder -ermäßigung ist innerhalb von zwei Wochen nach Aufnahme des Hundes, bei versteuerten Hunden mindestens zwei Wochen vor Beginn des Monats, in dem die Steuervergünstigung wirksam werden soll, schriftlich bei dem Sachgebiet Finanzen der Stadt Ludwigsfelde zu stellen. Bei verspätetem Antrag wird die Steuer für den nach Eingang des Antrages beginnenden Kalendermonat auch dann nach den Steuersätzen des § 3 erhoben, wenn die Voraussetzungen für die beantragte Steuervergünstigung vorliegen. Wird die rechtzeitig beantragte Steuervergünstigung für einen neu angeschafften Hund abgelehnt, so wird die Steuer nicht erhoben, wenn der Hund binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides wieder abgeschafft wird.

(4) Über die Steuerbefreiung oder -ermäßigung wird eine Bescheinigung ausgestellt. Dies gilt in den Fällen des § 4 Absatz 2 und 3 sowie in den Fällen des § 5 nur für die Halter, für die sie beantragt und erteilt worden ist.

(5) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung oder -ermäßigung weg, so ist dies innerhalb von zwei Wochen nach dem Wegfall der Stadt schriftlich anzuzeigen.

§ 7

Beginn und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem 1. des Kalendermonats, der auf die Aufnahme des Hundes in den Haushalt folgt. Bei Hunden, die dem Halter durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zuwachsen, beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird. In den Fällen des § 1 Absatz 3 Satz 2 beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des Kalendermonats, in dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist. Bei Zuzug eines Hundehalters aus einer anderen Gemeinde beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des auf den Zuzug folgenden Kalendermonats.

(2) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Hund abgeschafft wird, abhanden kommt oder eingeht. Dies ist der Stadt Ludwigsfelde unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Wochen, zu melden und nachzuweisen. Kann der genaue Zeitpunkt der Abschaffung, des Abhandenkommens oder des Eingehens nicht nachgewiesen werden, endet die Steuerpflicht mit Ablauf des auf die Abmeldung folgenden Kalendermonats. Bei Wegzug eines Hundehalters aus der Stadt endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Kalendermonats, in den der Wegzug fällt.

§ 8

Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

(1) Steuerjahr ist das Kalenderjahr. Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder - wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres beginnt - für den Rest des Kalenderjahres durch Bescheid festgesetzt.

(2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach dem Zugehen des Festsetzungsbescheides für die zurückliegende Zeit und dann wie folgt fällig:

- a) bei einer Jahressteuer bis 15 Euro am 15. August jeden Jahres in einer Summe
- b) bei einer Jahressteuer bis 30 Euro halbjährlich am 15. Februar und 15. August jeden Jahres mit der Hälfte des Jahresbetrages.
- c) bei einer Jahressteuer von mehr als 30 Euro vierteljährlich am 15. Februar / 15. Mai / 15. August und 15. November jeden Jahres mit einem Viertel der Jahressteuer.

(3) Auf Antrag des Steuerpflichtigen kann die Hundesteuer in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Abweichend von Absatz 2 ist die Steuer in diesem Falle am 1. Juli des Kalenderjahres fällig. Der Antrag muss spätestens bis zum 30. September des dem Steuerjahr vorangehenden Jahres gestellt werden. Die beantragte Zahlungsweise bleibt solange maßgebend, bis ihre Änderung beantragt wird. Endet die Steuerpflicht während des Fälligkeitszeitraumes, so sind die für die Zeit nach dem Ende der Steuerpflicht bereits geleisteten Zahlungen zu erstatten.

(4) Wer einen bereits in einer Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland versteuerten Hund erwirbt oder mit einem solchen Hund zuzieht oder wer an Stelle eines abgeschafften, abhanden gekommenen oder eingegangenen Hundes einen neuen Hund erwirbt, kann die Anrechnung der nachweislich bereits entrichteten, nicht erstatteten Steuer auf die für den gleichen Zeitraum zu entrichtende Steuer verlangen.

§ 9

Sicherung und Überwachung

(1) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von zwei Wochen nach der Aufnahme oder - wenn der Hund ihm durch Geburt einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist - innerhalb von zwei Wochen nach Vollendung des dritten Lebensmonats bei der Stadt Ludwigsfelde unter Angabe der Hunderasse anzumelden. In den Fällen des § 1 Absatz 3 Satz 2 muss die Anmeldung innerhalb von zwei Wochen nach dem Tage, an dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist, und in den Fällen des § 7 Absatz 1 Satz 4 innerhalb der ersten zwei Wochen des auf den Zuzug folgenden Kalendermonats erfolgen.

(2) Der Hundehalter hat den Hund innerhalb von zwei Wochen, nach dem er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, nachdem der Hund abhanden gekommen oder eingegangen ist oder nachdem der Halter aus der Stadt weggezogen ist, bei der Stadt Ludwigsfelde abzumelden. Wird der Hund abgegeben, so sind der Name und die Anschrift des Empfängers anzugeben.

(3) Die Stadt Ludwigsfelde übersendet mit dem Steuerbescheid oder Bescheinigung über die Steuerbefreiung für jeden Hund eine Hundesteuermarke. Der Hundehalter darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der sichtbar befestigten gültigen Steuermarke umherlaufen lassen. Andere Gegenstände, die der Steuermarke ähnlich sehen, dürfen dem Hund nicht angelegt werden. Der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Stadt Ludwigsfelde die gültige Steuermarke auf Verlangen vorzuzeigen. Bei Verlust der gültigen Steuermarke wird dem Hundehalter auf Antrag und nach Zahlung der Verwaltungsgebühr gemäß Verwaltungsgebührensatzung der Stadtverwaltung Ludwigsfelde in der jeweils geltenden Fassung eine neue Steuermarke ausgehändigt. Mit der Abmeldung des Hundes nach Absatz 2 ist die noch vorhandene Hundesteuermarke an die Stadt Ludwigsfelde zurückzugeben.

(4) Die Haushaltsvorstände oder deren Stellvertreter sind gegenüber den Beauftragten der Stadt Ludwigsfelde verpflichtet, über die auf dem Grundstück oder im Haushalt gehaltenen Hunde und deren Halter wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft zu erteilen (§ 12 Absatz 1 Nr. 3a KAG i.V.m. § 93 Abgabenordnung). Zur wahrheitsgemäßen Auskunftserteilung ist auch der Hundehalter verpflichtet. Sofern die Sachverhaltsaufklärung durch die zuvor genannten Beteiligten nicht zum Ziele führt oder keinen Erfolg verspricht, sind auch Grundstückseigentümer nachrangig auskunftspflichtig.

(5) Bei Durchführung von Hundebestandsaufnahmen sind die Haushaltsvorstände sowie deren Stellvertreter zur wahrheitsgemäßen Ausfüllung der ihnen von der Stadt Ludwigsfelde bzw. deren Beauftragte übersandten Nachweise nach bestem Wissen und Gewissen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen verpflichtet (§ 12 Absatz 1 Nr. 3a KAG i.V.m. § 93 Abgabenordnung). Satz 3 des Absatzes 4 gilt sinngemäß auch für den Tatbestand des Absatzes 5. Durch das Ausfüllen der Nachweise wird die Verpflichtung zur An- und Abmeldung nach den Absätzen 1 und 2 nicht berührt.

§ 10 Auskunftserteilung

Gegenüber der örtlichen Ordnungsbehörde und der Polizei können Auskunft über Name und Anschrift eines Hundehalters gegeben werden, soweit dies zur Erfüllung ordnungsbehördlicher oder polizeilicher Aufgaben erforderlich ist.

§ 11 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne dieser Satzung in Verbindung mit § 15 Absatz 2 Buchstabe b des KAG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Hundehalter entgegen § 6 Absatz 5 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
2. als Hundehalter entgegen § 9 Absatz 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet,
3. als Hundehalter entgegen § 9 Absatz 3 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt oder die Steuermarke auf Verlangen des Beauftragten der Stadt Ludwigsfelde nicht vorzeigt oder dem Hund andere Gegenstände, die der Steuermarke ähnlich sehen, anlegt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen.

(2) Ordnungswidrig im Sinne dieser Satzung handelt auch,

1. wer die in Absatz 1 Punkt 1 bis 3 genannten Ordnungswidrigkeiten vorsätzlich oder fahrlässig begeht, ohne es dabei zu ermöglichen, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen,
2. wer vorsätzlich oder fahrlässig als Hundehalter entgegen § 9 Absatz 2 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet,

3. wer, ohne Steuerpflichtiger nach § 1 Absatz 2 dieser Satzung zu sein, entgegen § 9 Absatz 4 nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt oder die übersandte Nachweisung entgegen § 9 Absatz 5 nicht fristgemäß oder nicht wahrheitsgemäß ausfüllt und abgibt.

(3) Die Ordnungswidrigkeiten im Sinne des Absatzes 1 können mit einer Geldbuße bis zur Höhe des in § 15 Absatz 3, 2. Halbsatz des KAG bestimmten Betrages geahndet werden.

(4) Ordnungswidrigkeiten im Sinne des Absatzes 2 können gemäß § 3 Absatz 2 BbgKVerf in Verbindung mit § 17 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OwiG) in der jeweils gültigen Fassung mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Hundesteuersatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung der Stadt Ludwigsfelde vom 07.09.2004 außer Kraft.

Ludwigsfelde, 09.05.2016

gez. Andreas Igel
Bürgermeister

Bekanntmachung der Beschlüsse der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde vom 03.05.2016

1. Petition zum Presseartikel „Garagenpachten neu geregelt“ in der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) vom 03.03.2016

Die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde hat einen Beschluss zur abschließenden Beantwortung der Petition zum Thema „Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde zur Verlängerung von Pachtverträgen zu Garagen/Garagenkomplexen auf kommunaleigenen Grundstücken“ und dem damit im Zusammenhang stehenden Presseartikel der MAZ vom 03.03.2016 „Garagenpachten neu geregelt“ gefasst. Im Ergebnis ist festzustellen, dass es sich bei dem genannten Zeitungsartikel nicht um eine Pressemitteilung der Stadt handelt, sondern um einen journalistischen Beitrag. Im Rahmen ihrer Berichterstattung sind Journalisten nicht allein an die in Vorbereitung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung übergebenen Unterlagen gebunden, sie verarbeiten auch Ergebnisse eigener Recherchen. Insofern gibt der Zeitungsartikel nicht den konkreten Wortlaut des durch die Stadtverordneten gefassten Beschlusses wieder.

Im Weiteren ist die vorgesehene Anpassung des Pachtzinses ab dem 01.01.2020 an die marktüblichen Stellplatzmieten darin begründet, dass die Stadt zum wirtschaftlichen Umgang mit ihren Vermögensgegenständen verpflichtet ist. Die letzte Pachterhöhung wurde im Jahr 2004 vorgenommen, so dass nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer eine Überprüfung der Angemessenheit des Pachtzinses erfolgen muss.

2. Petition zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen

Die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde hat einen Beschluss zur abschließenden Beantwortung der Petition zur Thematik „Erhebung von Straßenbaubeiträgen“ gefasst. Im Ergebnis ist festzustellen, dass ein Verstoß der Stadt Ludwigsfelde gegen die gesetzlichen Vorgaben des Grundgesetzes durch die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nicht vorliegt. Die Stadt Ludwigsfelde handelt in Anwendung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG), welches die Kommunen zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die kommunalen Verkehrsanlagen verpflichtet, und der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Ludwigsfelde. Diese bilden die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Straßenbaubeiträgen. Ein Abweichen von der Beitragserhebungspflicht kann nur über eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes erreicht werden. Dafür ist das Land Brandenburg als Gesetzgeber zuständig.

Weiterhin hat die Stadtverordnetenversammlung festgestellt, dass die beschwerdeführende Person bereits mehrfach die Beitragserhebung in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde thematisiert. Wiederholt wurde auf die Verpflichtung der Stadt zur Beitragserhebung nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg verwiesen. Ohne Änderung der Gesetzeslage kann die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde auch künftig keine andere Entscheidung treffen. Daher wird die Stadtverordnetenversammlung zukünftige Vorträge in derselben Sache nicht mehr behandeln.

3. Beschluss zur Verleihung des Ludwigsfelder Bürgerpreises für das Jahr 2016

Die Stadt Ludwigsfelde verleiht für das Jahr 2016 erneut den Bürgerpreis. Das Thema des Bürgerpreises lautet: "Kultur gemeinsam vielfältig leben - Horizonte erweitern". Die Verleihung des Bürgerpreises erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie zur Verleihung des Bürgerpreises der Stadt Ludwigsfelde, die von der Stadtverordnetenversammlung am 03.12.2013 beschlossen wurde.

4. Erhöhung der Zuwendung der Stadt Ludwigsfelde für den Tennis Club Ludwigsfelde 1958 e.V. für die Sanierung des Vereinsgebäudes

Der Bürgermeister wird beauftragt, die bewilligte Zuwendung für den Tennis Club Ludwigsfelde 1958 e.V. für die Sanierung des Vereinsgebäudes in Höhe von 109.000,00 Euro um weitere 25.000,00 Euro aufzustocken und die finanziellen Mittel an den Verein auszureichen. Der Bürgermeister wird ermächtigt, hierfür im Haushaltsjahr 2016 eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 25.000,00 Euro auf der Buchungsstelle 4.2.1.01/3333.781800 zu leisten.

5. Grundsatzbeschluss zur Ausführung der Winterwartung auf den öffentlichen Straßen im Stadtgebiet Ludwigsfelde

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Winterwartung auf allen kommunalen öffentlichen Straßen im Stadtgebiet Ludwigsfelde beginnend mit der Wintersaison 2016/2017 auszuführen.

6. Städtebaulicher Vertrag für den Bebauungsplan Nr. 34 „Vorderste Hohe“

Die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde beschließt den städtebaulichen Vertrag für den Bebauungsplan Nr. 34 „Vorderste Hohe“ der Stadt Ludwigsfelde, Ortsteil Siethen.

7. Verkauf der Grundstücke Dachsweg 23 und 25 sowie Teilflächen der Grundstücke Potsdamer Straße 78; 80 und 82 in 14974 Ludwigsfelde

1. Die kommunalen Flurstücke 108 und 109 sowie Teilflächen von jeweils ca. 880 m² der Flurstücke 80; 81 und 82 der Flur 3 der Gemarkung Ludwigsfelde sind entbehrlich.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Lageplan mit den Eckpunkten A-B-C-D-E-F-A bezeichnete Gesamtfläche mit ca. 4.400 m², bestehend aus den unter 1. genannten Flurstücken, an die LABORGH Investment GmbH mit Sitz in 10711 Berlin, Kronprinzendamm 15, zum Zwecke der Bebauung gemäß Bebauungsplan Nr. 24 „Einkaufszeile Potsdamer Straße“ zu verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 586.000,00 €. Die Kosten der Vertragsdurchführung und seines Vollzuges trägt der Käufer. Die Erschließungs- und Freilegungskosten sind vom Käufer zusätzlich zum Kaufpreis zu entrichten und nicht wertmindernd zu berücksichtigen.
3. Der Käufer ist im Vertrag zu verpflichten, innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss des Kaufvertrages einen Bauantrag einzureichen und 6 Monate nach Erhalt der Baugenehmigung die Baumaßnahme zu beginnen. Für den Fall der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen ist für die Stadt Ludwigsfelde ein Rücktrittsrecht vom Vertrag zu vereinbaren.
4. Ein Rücktrittsrecht zu Gunsten der Stadt Ludwigsfelde und zu Gunsten des Käufers ist außerdem für den Fall zu vereinbaren, dass eine Baugenehmigung für die vom Käufer geplante Bebauung nicht erteilt wird.

8. Maßnahmebeginnbeschluss zur Umverlegung von 3 Bushaltestellen von der Ludwigsfelder Straße zur Alfred-Kühne-Straße und Parkallee

Der Bürgermeister wird beauftragt, in 2016 die Umverlegung von 3 Bushaltestellen von der Ludwigsfelder Straße zur Alfred-Kühne-Straße und Parkallee gemäß Anlage zu veranlassen.

9. Änderung des Beschlusses Nr. 1.177.19/178.16 auf Bewilligung einer Zuwendung für Koordination und Übernahme der Flüchtlingsarbeit in Ludwigsfelde

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bewilligung einer Zuwendung an den Verein „Sozialmanagement im Land Brandenburg e. V.“ (SOLBRA) zur Übernahme anteiliger Personal- und Sachkosten ab 01.06.2016 in Höhe von 22.500,00 Euro durch die Stadt Ludwigsfelde für die Koordination und Übernahme von Aufgaben der Flüchtlingsarbeit in Ludwigsfelde. Der Zuwendungsbescheid an die GAB Ludwigsfelde GmbH ist zum 31.05.2016 aufzuheben.

gez. Andreas Igel
Bürgermeister

Bekanntmachung
eines Beschlusses der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Ludwigsfelde vom 03.05.2016

Vergabe von freiberuflichen Leistungen:
Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Ludwigsfelde (INSEK)

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) der Stadt Ludwigsfelde als freiberufliche Leistung an das Büro complan Kommunalplanung GmbH, ansässig im Voltaireweg 4 in 14469 Potsdam, zu vergeben.

gez. Andreas Igel
Bürgermeister

Bekanntmachung

Am 19.05.2016 findet um 19.00 Uhr in der Dorfstube Genshagen, Ludwigsfelder Straße 1, 14974 Ludwigsfelde, die Sitzung des Ortsbeirates Genshagen statt.

Tagesordnung der öffentlichen Sitzung:

1. Protokollkontrolle
2. Information zum Ortsteilbudget
3. Beratung zu den Haushaltsvorschlägen der mittelfristigen Planung 2017-2020
4. Informationen des Ortsvorstehers
5. Einwohnerfragestunde

An der öffentlichen Sitzung kann jedermann teilnehmen.

gez. Andreas Igel
Bürgermeister